

Graz, 20.10.2011

GZ.: A 5 – 1570/2004-95

Betr.: Petition an das Bundesministerium für
Justiz „Keine Einsparungen beim Verein
Neustart“

Berichterstatter:

.....

Bericht an den Gemeinderat

In der Sitzung des Gemeinderates am 20.05.2010 stellte Frau GRin Mag.a Ulrike Taberhofer namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den Antrag, die Stadt Graz möge im Wege einer Petition an das Bundesministerium für Justiz ersuchen, die Arbeit des Vereins Neustart auch weiterhin mit ausreichenden finanziellen Mitteln zu unterstützen, um die qualitätsvolle Arbeit im Interesse aller Menschen gewährleisten zu können.

Dazu teilt die Mag.Abt. 5 – Sozialamt folgendes mit:

Der Verein Neustart ist eine Organisation, die der Gesellschaft Hilfen und Lösungen zur Bewältigung von Konflikten und damit Schutz vor Kriminalität und deren Folgen bietet.

Das Spektrum der Neustart Dienstleistungen deckt die Bereiche Opferhilfe, Täterhilfe und Prävention ab. Durch rund 600 hauptamtliche und rund 860 ehrenamtliche MitarbeiterInnen werden in ganz Österreich 33.600 KlientInnen betreut (2004).

In der Steiermark werden durch den Verein Neustart in der Bewährungshilfe im Jahr 2010 aktuell 1.548 KlientInnen betreut.

Im Jahr 2009 wurden 1026 Haftentlassene betreut, dem Tatausgleich wurden 938 Personen zur Bearbeitung zugewiesen. Zur Vermittlung gemeinnütziger Leistungen wurden 575 Personen zugewiesen. 514 KlientInnen wurden im Rahmen der Vermittlung gemeinnütziger Leistung statt Ersatzfreiheitsstrafe betreut.

Ein weiteres Arbeitsfeld stellt die Prozessbegleitung von Opfern von Straftaten bzw. deren Angehörigen dar.

2009 und 2010 erfolgten auf Bundesebene Einsparungen durch das Bundesministerium für Justiz aufgrund von Kostensteigerungen im Bereich von speziell geförderten Projekten. Neustart musste im Personalbereich Einsparungen durchführen (Bildungskarenz etc.). Auf einen Bewährungshelfer kommen nunmehr 35 KlientInnen, früher 30.

Aufgrund des gegenständlichen Gemeinderatsantrages wurde der Verein Neustart seitens der Mag. Abt. 5 kontaktiert und hinsichtlich der geplanten Einsparungen auf Bundesebene befragt. Neustart erklärte diesbezüglich, dass die Budgetverhandlungen auf Bundesebene im Laufen wären und eine Petition eventuell eine negative Auswirkung auf die Budgetverhandlungen haben könnte. Auch war über die Sommermonate im Gespräch, die mit September 2010 geplanten elektronisch überwachten Hausarreste über Neustart zu betreuen. Neustart bat daher vorerst keine Petition an das Bundesministerium zu richten, weshalb die gegenständliche Gemeinderatsanfrage im Fachamt vorübergehend auf Frist gelegt und die Bundesbudgetverhandlungen abgewartet wurden.

Nach Abschluss der Budgetverhandlung wurden mit dem Verein Neustart ergänzende Gespräche geführt und wird folgendes berichtet:

Seit dem 01. September 2010 gibt es in Österreich die Möglichkeit, eine Freiheitsstrafe in Form des elektronisch überwachten Hausarrests zu verbüßen. Neustart überprüft in diesem Zusammenhang die im Antrag angeführten Voraussetzungen (Wohnen, Arbeit, Finanzen, Zustimmung der MitbewohnerInnen etc.). Die dadurch entstehenden Kosten sind von den Verurteilten zu tragen und decken diese Kosten des Vereins Neustart ab. Als weiterer kriminalpolitisch begrüßenswerter Tätigkeitsbereich des Vereins ist die Prozessbegleitung für Opfer hinzugekommen.

Den neuen Aufgaben stehen Personalkostensteigerungen gegenüber, während die Finanzierung nur geringfügig gestiegen ist. So ist es mittlerweile zwar gelungen durch Bewährungshilfe mehr Menschen außerhalb des Gefängnisses zu betreuen als im Gefängnis, gleichzeitig müssen derzeit aber aufgrund des kontinuierlichen Personalabbaus bei Neustart statt der gesetzlich vorgesehenen 35 Klienten pro BetreuerIn 45 Personen betreut werden.

Durch Personalreduktion, Reduktion des Overhead, Zusammenlegung von Standorten und anderen Maßnahmen wurde seitens des Vereins mittlerweile seit vielen Jahren versucht, die stetig größer werdende Schere zwischen Kosten und Finanzierung der Leistungen möglichst eng zu halten. Mit dem Jahr 2012 sind die dafür heranzuziehenden Mittel erschöpft, ein Qualitätsverlust in der Betreuung (Reduktion der mit den KlientInnen verbrachten Zeiten) ist abzusehen.

Hinsichtlich der angebotenen Leistungsbereiche besteht daher weiterhin sowohl auf Landesebene als auch auf Bundesebene die Gefahr einer budgetären Kürzung.

Das Sozialamt befürwortet daher, eine Petition an das Bundesministerium für Justiz zu richten, dass die Arbeit des Vereines Neustart nicht durch budgetäre Kürzungen gefährdet wird.

Der gemeinderätliche Ausschuss für Soziales, Gesundheit und SeniorInnen stellt den

A n t r a g

folgende Petition an das Bundesministerium für Justiz zu richten:

Der Grazer Gemeinderat ersucht das Bundesministerium für Justiz, die Arbeit des Vereines Neustart auch weiterhin mit ausreichenden finanziellen Mitteln zu unterstützen um die qualitätsvolle Arbeit im Interesse aller Menschen gewährleisten zu können.

Der Sachbearbeiter:

Der Abteilungsvorstand:

(Mag. Kaliwoda)
(elektronisch gefertigt)

(Mag. Wippel)
(elektronisch gefertigt)

Die Stadträtin:

(Dr: Martina Schröck)
(elektronisch gefertigt)

Angenommen in der Sitzung des gemeinderätlichen Ausschusses für Soziales, Gesundheit und SeniorInnen am

Die Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

	Signiert von	Kaliwoda Erich
	Zertifikat	CN=Kaliwoda Erich,OU=Sozialamt,O=Stadt Graz,L=Graz,ST=Styria,C=AT
	Datum/Zeit	2011-09-29T11:46:43+02:00
	Hinweis	Dieses Dokument wurde digital signiert und kann unter: http://egov2.graz.gv.at/pdf-as verifiziert werden.

	Signiert von	Wippel Gernot
	Zertifikat	CN=Wippel Gernot,OU=Sozialamt,O=Stadt Graz,L=Graz,ST=Styria,C=AT
	Datum/Zeit	2011-09-29T12:45:13+02:00
	Hinweis	Dieses Dokument wurde digital signiert und kann unter: http://egov2.graz.gv.at/pdf-as verifiziert werden.

	Signiert von	Schröck Martina
	Zertifikat	CN=Schröck Martina,OU=Stadträtin Mag. Dr. Martina Schröck,O=Stadt Graz,L=Graz,ST=Styria,C=AT
	Datum/Zeit	2011-10-03T15:47:13+02:00
	Hinweis	Dieses Dokument wurde digital signiert und kann unter: http://egov2.graz.gv.at/pdf-as verifiziert werden.